# Zur Sache
# ANGEMERKT

**Mai 2020**

**• Dachau, Buchenwald... »Das deutsche Volk vergisst zu schnell« / Die Schlacht auf den Seelower Höhen, »Der Krieg ist noch nicht vorbei« Kurzes Gedächtnis**

## CORONA 19-KRISE

**• Stefan Heym, Frank Richter, Klaus Reinhardt was sagen sie uns? / KEINE PARTEIEN, NUR NOCH CARONA?**

## • 89/90 - 30 Jahre an was noch erinnern?

**•Wenn die Treuhand heute zu bewerten ist. • Als die "Westmark" kam. • Als die Waffenarsenale der DDR zu blieben. •Wenn alte & neue "Rechtstechniker" zur "Gelassenheit" auffordern.**

20.12.3.2010

„Wir brauchen Gelassenheit"

Zum Artikel „NPD sitzt weiter mit am Bündnis-Tisch" („Freie Presse" vom 12. März). Darin ging es um das Bündnis für Demokratie und gegen Extremismus in Limbach-Oberfrohna, in dem die rechtsextreme NPD mit

Die NPD ist uns nicht pa dass das Bunte Bürgerforum in Limbach die eigene Radikalität nicht erkennt. Der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Jan Hippold hat völlig recht, die NPD nicht eigenmächtig ausschließen zu wollen, ohne einen gemeinsamen Beschluss zu fa Immerhin wurde die NPD demo tisch in den Stadtrat gewählt.

Gelassen bleiben, is nu ma su?

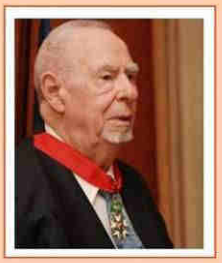
Im historischen Kontext bleiben

Zum Beitrag „Schepperndes Erbe" über Glocken aus der Nazizeit in Sachsen:

Die Texte auf den Glocken des Carll-

20. April 1945 durch die Waffen-SS, weil er die weiße Fahne hissen ließ, sind Teil der Geschichte von Löbnitz. Beides ist im historischen Kontext zu betrachten und sollte meiner

FP Leserforum 7.8.2019



**Zum 75. Jahrestag der Befreiung von Buchenwald**
**GÜNTER PAPPENHEIMER, (*1925 in Schmalkalden geboren) ehemaliger Buchenwald-Häftling Nummer 22514, Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald- Dora e.V.**

Die Corona – Pandemie hat die Welt in den Griff genommen. Unter diesen Bedingungen über die Befreiung der Häftlinge des faschistischen deutschen Konzentrationslagers Buchenwald zu sprechen, ohne in die Gesichter der Menschen sehen zu können, die angesprochen werden sollen, ist für mich eine neue Situation. Wenn ich in der Vergangenheit über meine Entwicklung, meine Erlebnisse und Erfahrungen sprach, war es mir immer wichtig, in die Gesichter zu sehen und auch auf diese Weise den sozialen Kontakt herzustellen.

Unser Kamerad und langjähriger Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald – Dora und Kommandos, der französische Kommunist Pierre Durand sagte: »Es gab viele Buchenwald«. Ja, es gab auch das Buchenwald des organisierten antifaschistischen Widerstands. Das darf nicht vergessen werden. Diese Mahnung am fünfundsiebzigsten Jahrestag der Befreiung und Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald ist sehr aktuell.

Als am 11. April 1945 mein Vorarbeiter, der Dresdener jüdische Kamerad Leonhard in die Gerätekammer mit der Nachricht stürzte, er hätte Häftlinge mit Waffen im Lager gesehen, die sich in Richtung Haupttor bewegten, glaubte ich ihm zunächst nicht. Dann aber sah ich das mit eigenen Augen und meinte zu träumen. ...Dann kam der 19. April 1945, das Totengedenken auf dem Appellplatz. Wo sich heute die Gedenkplatte befindet, war ein schlichter hölzerner Obelisk errichtet und vor diesem traten blockweise die 21.000 Überlebenden an, um im Gedenken an die 51.000 Toten (später musste die Zahl auf 56.000 ergänzt werden) den Schwur zu leisten mit der Grundaussage:
»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«
Für viele von uns ehemaligen Häftlingen wurde dieser Schwur lebenslang

**Wilhelm Hoegner (1887 - 1980)**
**»Das deutsche Volk vergisst zu schnell. Es will aus der Geschichte nichts lernen«**

Zu den raren Unterstützern eine angemessene Gedenkstätte in Dachau gehörte der Sozialdemokrat. Er war selbst vor den Nazis ins Exil geflohen. Mitte der 1950er Jahre wurde er kurzzeitig bayerischer Ministerpräsident, der einzige der nicht der CSU angehörte.

verbindlich, ein Kompass für das künftige Leben, ein Programm für die Lebensgestaltung. Ich hatte geschworen und ich stelle hier unmissverständlich fest: Niemand hat das Recht, den Wortlaut des Schwurs von Buchenwald missverständlich zu deuten! Niemand!

Mit der Erfahrung von Buchenwald und im Bewusstsein der Kraft der

Solidarität trat ich am 1. August 1947 in die interzonale Organisation Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) ein. Deren politische Arbeit war auf die Verwirklichung der programmatischen Sätze des Schwurs von Buchenwald gerichtet – und ist es immer noch.
Dass dieser größten deutschen Verfolgtenorganisation fünfundsiebzig Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus in übelster antikommunistischer Tonlage auf Grund infamer Unterstellungen von der Berliner Finanzbehörde die Gemeinnützigkeit entzogen werden konnte, ist ein Skandal erster Güte und eine jeglichen demokratischen Verständnisses hohnsprechende Schande.
Damit bin ich in der Gegenwart und habe die Jahre des Kalten Krieges übersprungen, der, überwunden geglaubt, sich größter Lebendigkeit erfreut. Ich bin in einer Gegenwart, die offenbar aus der Vergangenheit zu lernen nicht in der Lage ist. Es gibt erstarkende Kräfte, die Nationalismus und völkisches Denken neu beleben, Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus, Antiziganismus ideologisch befördern. Politische Stagnation und soziale Fehlentwicklungen nutzen sie, um populistisch in die Irre zu leiten. Leider haben sie dabei Erfolge in Parlamenten aller Ebenen – hier, bei uns zu Hause. Der Tabubruch von Erfurt am 5. Februar 2020 war ein Putschversuch im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten. Uns verbietet sich, mit dem Finger auf andere Länder zu zeigen.

Am 27. März 2020 hat die Journalistin und Schriftstellerin **Daniela Dahn** in der Tageszeitung neues deutschland gefordert, dass die bundesdeutsche Politik endlich konsequent aktiv werden muss. Ihre Forderungen zur Kenntnis zu nehmen und zügig zu handeln, entspricht unserer antifaschistischen Grundeinstellung.
Wenn nach Abklingen der Corona-Krise vieles neu gedacht und gemacht werden muss, fordere ich die Nachkommenden auf:
**• Lasst nicht zu, dass vergessen wird, was in Buchenwald geschah und ordnet es ein in das Furchtbare, was durch die Hitlerfaschisten in der Welt angerichtet wurde.**
**• Erinnert und bedenkt die Apriltage 1945 in Buchenwald.**
**• Erinnert und bewahrt den Schwur von Buchenwald, denn es gibt keine Alternative zu einer Welt des Friedens, der Freiheit und ohne Faschismus, wenn die Menschheit überleben will.**
**• Scheut keine Mühe, wenn es darum geht, den antifaschistischen Konsens immer neu, auch international, zu beleben.**

---

Auszüge aus der Erklärung vom 11 April 2020

# Thüringer Erklärung

## Historische Verantwortung wahren — Demokratie und Menschenrechte verteidigen / Thüringer Erklärung aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung der nationalsozialistischen Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau- Dora am 11. April 1945 / Auszüge

Auch 75 Jahre nach der Befreiung sind uns Unmenschlichkeit und Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands bewusst. Wir ehren all jene, die sich widersetzten.

Wir wissen und nehmen ernst, dass Deutschland sich nicht aus eigener Kraft vom Nationalsozialismus befreit hat, dass eine Vielzahl von Verbrechen ungesühnt blieb und zu viele Täter und Tatgehilfen nach 1945 ihr Leben fortführen konnten, als sei nichts geschehen.

Einen Schlussstrich darf es deshalb nicht geben. Zu den Lehren aus der Geschichte gehört für uns die Gewissheit, dass eine demokratische, die Menschenwürde schützende Verfassung und funktionierende Gewaltenteilung das Rückgrat eines liberalen Rechtsstaates bilden. Ohne sie fallen Staat und Demokratie auseinander. Heute aber sind Rechtsradikalismus und autoritäre Gesinnung ebenso auf dem Vormarsch wie völkisches Überlegenheitsdenken, Nationalismus und die Unterminierung der Einheit Europas.

Im Licht der historischen Erinnerung wird deutlich erkennbar, dass die zerstörerischen Gifte von Gestern erneut als Allheilmittel angepriesen werden. Menschenrechte, Demokratie und Freiheit sind trotz der Erfahrung des Nationalsozialismus leider keineswegs selbstverständlich. Sie müssen immer wieder neu verteidigt werden.
Dafür treten wir ein.

Wir laden Sie ein, gemeinsam ein Zeichen zu setzen und sich dieser Erklärung anzuschließen.

---

Eine Initiative der Repräsentanten aller obersten Thüringer Verfassungsorgane und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

# Der Krieg ist noch nicht vorbei

## Vor 75 Jahren tobte eine der blutigsten Schlachten der Geschichte - um die Seelower Höhen

**Von Frank Schumann**

Der Pflug geht tief. Die Schollen schälen sich von den Scharen, gleichmäßig und glänzend. »Die Erde ist fett und feucht. Minutenboden«, sagen die Bauern. Die Phase ist kurz, ehe die Sonne den Acker steinhart werden lässt. Bis dahin müssen die Felder bestellt sein.

»Scheiße«, brüllt Wolfgang und trat unvermittelt auf die Bremse. Der Kirowez, sein Traktor, den er liebevoll »den Russen« nenne, bleibt abrupt stehen. Mich haut es fast vom Sitz. »Haste nich jesehen? Da!« Wolfgang schaut in den Rückspiegel und weist mit der Hand nach hinten, zum Pflug, und klettert schließlich vom Bock. Ich folge ihm. In der aufgerissenen Erde liegen Knochen. »Das war's für heute«, sagt Wolfgang. »Wir müssen den ABV (Abschnittsbevollmächtigen) informieren. Und der gibt der Kriminalpolizei in Seelow Bescheid, die kommt dann mit der Technik und dem Staatsanwalt und so weiter.« Jedes Mal das Gleiche. Immer wieder stößt man hier auf menschliche Überreste. Sind es Deutsche, sind es Russen? Wehrmachtsoldaten, SS, Hitlerjungen oder Rotarmisten? Hatten die Kameraden noch Zeit, sie zu bestatten, einzeln oder in einem Massengrab. Oder doch nur in eine mit Feldspaten eiligst ausgehobene Grube gekippt und mit Erde beworfen? Mit oder ohne Erkennungsmarken, um die Toten zu identifizieren.

Es war in den frühen 80er Jahren, und der Krieg lag schon so lange zurück. Ich war von meiner Redaktion nach Gusow im Oderbruch abkommandiert worden, um über die Dorfgemeinschaft zu berichten. Eine Woche im Monat, und das über ein halbes Jahr, lebte ich unter Genossenschaftsbauern und schrieb über ihr Tagwerk. Um die Ecke lag Golzow, wo die DEFA seit Jahrzehnten schon Kinder mit der Kamera begleitete. Meine Zeitung sammelte Reportagen für einen Landwirtschaftskongress, der zum Jahresende stattfinden würde.

Wolfgang, der Traktorist, dem die Juwel-Zigaretten zwischen den Zähnen nie ausgingen, hatte den Schlag umbrochen und, entsprechend der Order des Brigadiers am Morgen, noch zwei Meter vom Feldrain mitgenommen. Und da standen wir nun. Das sei zu erwarten gewesen, sagte er und nahm die Kippe aus dem Mund. »Du denkst, es sind alle Toten gefunden und umgebettet, doch nein. Der Krieg ist noch immer nicht vorbei.«

Und nicht vergessen. Wie auch. In fast jedem Oderbruchdorf erinnern Soldatengräber an die viertägige Schlacht, die hier im April 1945 tobte.

## Bei anderen gelesen...

Auf den Seelower Höhen hatten die deutschen Durchhaltekrieger ihren letzten Verteidigungsriegel errichtet: vor sich flaches Land bis zur Oder, hinter sich die »Reichshauptstadt«, 70 Kilometer entfern. Die Dörfer ringsum waren kirchturmlos. Sie waren von der Wehrmacht gesprengt worden, um der sowjetischen Artillerie Orientierungspunkte zu nehmen.

Wir liefen ins Dorf zurück. Der Blick ging hinüber nach Seelow. Dort, wo der Bergrücken aus der Ebene wuchs, am Eingang der Kreisstadt, reckt sich ein meterhohes Denkmal. Das Standbild aus Bronze schaute in die Richtung, aus der die Soldaten gekommen waren. Über mehrere tausend Kilometer. Der Soldat schaute zurück, nicht vorwärts. Sein trauriger Blick galt den Millionen Toten, nicht dem bevorstehenden Sieg.

Ich hatte den Ort wiederholt besucht, seit ich in Gusow weilte. Das Denkmal war noch im Herbst 1945 errichtet worden. Marschall Georgi

Shukow, der die Operation kommandierte, hatte hierzu den Befehl erteilt. Ihn habe ich nicht mehr persönlich kennenlernen können, wohl aber Wassili Tschuikow, der im April 1945 an Shukows Seite vom Reitweiner Sporn aus die sowjetischen Einheiten geführt hatte. Die Orden hingen schwer an seiner Brust, als ich ihn um einen handschriftlichen Gruß für die Leser unserer Zeitung bat. Er beugte sich nach vorn, die Medaillen klimperten. Der Marschall, so um die 80, war zum 35. Jahrestag der Befreiung in die DDR gekommen. Und da war Uniform angesagt. Er schrieb langsam und mit Bedacht, und ich weiß nicht, was mich mehr beeindruckte: seine gewaltige Ordensschnalle mit den beiden goldenen Sternen, die ihn als zweifachen Helden der Sowjetunion auswiesen, dazu vier Lenin- und vier Rotbanner-Orden, drei Mal der Suworow-Orden Erster Klasse ... Oder, pardon, war es die beachtliche Nase. Tschuikow reichte mir ein wenig mürrisch das Papier, nachdem er seinen Namenszug darauf gesetzt hatte. So, wie er in Stalingrad, in Reitwein und später in Berlin als Chef der SMAD signiert hatte, damals, als er die Regierungsgeschäfte an die am 7. Oktober 1949 gegründete DDR übertrug.
1972 war die Anlage auf den Seelower Höhen um ein Museum erweitert worden, das dem Gefechtsstand im Reitweiner Sporn nachempfunden war. Auf dem Platz davor, unterhalb der Gräber und dem Denkmal, hatte man rostiges Kriegsgerät ausgestellt. Pioniere empfingen hier ihre Halstücher, FDJler ihre Dokumente, NVA-Soldaten sprachen den Eid. Drinnen studierten sie auf großen Tafeln, was hier Jahrzehnte zuvor geschehen war. So war es überall an vergleichbaren Orten in der DDR.
Das änderte sich nach ihrem Ende.
Gedenkstätten wurden brachial gesäubert. Wie in Jahrhunderten, Jahrtausenden zuvor Sieger die Zeugnisse der Besiegten vernichteten. Da möchte man mit Jesus allegorisch ausrufen: »Mein Haus soll ein Bethaus heißen für alle Völker. Ihr aber habt eine Räuberhöhle daraus gemacht.«
Bisherige Erzählungen wurden als kommunistische Propaganda eliminiert, angeblich historisiert und verwissenschaftlicht. Der Genius loci wurde gemeuchelt. Die Militärtechnik sei nicht von hier, hieß es. Und weiter: Die Rolle der Sowjets übertrieben und die der deutschen Verteidiger ignoriert. Zuviel Pathos, zu einseitig die Fakten. Viel Fiktion. Noch dazu ideologisch aufgeladen. Diese letzte große Schlacht sei im Übrigen keine Meisterleistung der sowjetischen Kriegführung gewesen. Und es sei falsch, immer von »den Russen« zu sprechen: In der Roten Armee kämpften auch Ukrainer, Kasachen Weißrussen, Usbeken, Moldawier und so weiter. Letzteres ist unbestritten.
Die Auseinandersetzungen liefen in Seelow nicht anders als anderswo in Ostdeutschland in den 90er Jahren. Es wurde um Konzepte gestritten und um Köpfe. Die sogenannten Traditionalisten hielten es mit Richard von Weizsäcker, der 1985 als Bundespräsident erklärt hatte: »Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.« Man schickte jene, die gleich ihm dachten, vorfristig in Rente oder stritt sich mit ihnen vor Gericht.
Die Gedenkstätte von Seelow sorgte immer wieder für Schlagzeilen. Mal beschmierten Rechte Ausstellungsstücke mit Nazisymbolen und schändeten die Gräber. Mal machte ein Foto die Runde, das einen CDU-Politiker vorm Seelower Denkmal mit erhobenem Arm zeigte.
...
Es stritten und streiten sich mit bundesweiter Resonanz Denkmalpfleger und Politiker über die rechte, richtige Erinnerungs- und Gedenkkultur: 2017 etwa, bei der Sanierung des Pflasterwegs, hatten die Bauarbeiter an der Unterseite der vor 45 Jahren verlegten Steine festgestellt, dass diese einst schwarz, rot und golden gewesen sind und derweil eingegraut. Deshalb pflasterten sie den Weg neu in den deutschen Nationalfarben. Das jedoch trieb den Landeskonservator zur Weißglut: Er wollte die Steine grau, wie gehabt, und das alte, authentische Material.
Inzwischen sind fast zwei Millionen Euro für Um- und Neugestaltung der Gedenkstätte ausgegeben. Seit drei Jahren gibt es den Verein »Zeitreise Seelower Höhen«, der das Hauptereignis - die Schlacht - wieder ins Zentrum der Erinnerungsarbeit stellt, nicht dessen Rezeption in den verflossenen Jahrzehnten. Mit grenzüberschreitenden Angeboten hofft man vornehmlich junge Leute zu interessieren.
Übrigens, noch heute findet man Gebeine Gefallener im Oderbruch.

---

Aus nd 5. April 2020 / Bild: Soldatenfriedhof auf den Seelower Höhen / Foto: Alamy/Luise Berg-Ehlers

Kein Innehalten, kein Gedanke an Versöhnung. 2020 marschierte Deutschland mit Nato- und EU-Partnern militärisch fast dorthin, wo die Naziwehrmacht vor 75 Jahren gescheitert ist. Gestoppt wurden die Defender-Europe2020-Manöver **nicht** durch eine geschichtsbewusste deutsche Regierung und ebensolche europäischen Nato- und EU-Mitgliedstaaten, gestoppt wurden sie durch das Corona-Virus.

Wie durch ein Brennglas ist aus Zeit, Ort und Konzeption dieser Manöver ein roter Faden deutscher Nachkriegsgeschichte erkennbar. Zielstrebig folgte man ihm auf dem Weg, wenn auch nicht ohne Windungen und Wendungen. Niemals hätte er nach zögerlichem Beginn so erfolgreich werden können ohne die nachdrückliche Förderung durch die Westalliierten, vor allem aber durch die allmächtigen USA. So erfolgreich, dass heute auf Kritik an dem Fakt, dass wieder deutsche Soldaten bewaffnet an der Grenze zu Russland stehen, die Mehrheitsantwort schlicht lautet: »Na und?«

Ja, heute werden offiziell Fakten und Zahlen zu Opfern genannt: 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion starben im Krieg. 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft, wo etwa 3,3 Millionen von ihnen an Hunger, Kälte, Krankheiten oder Zwangsarbeit zugrunde gingen oder erschossen wurden.

Aber der Echoraum, in dem alle diese Zahlen und Fakten wirken, wurde längst renoviert, neue Möbel mit alten arrangiert. Darin sitzt die einst vor Scham erbleichte Mutter Deutschland, perfekt geschminkt auf einem komfortablen Sessel. Im Bunde selbst mit einigen, die sie vor 1945 mit Krieg und Vernichtung überzogen hatte, nutzt sie das kurze Gedächtnis der Heutigen: Denn so können aus Opfern Täter, aus Kriegsdrohungen Friedensangebote und aus Versöhnung Kampfansagen gemacht werden. Es ist Orwell’scher Neusprech, nach dem Motto: Wer die Macht über Geschichte hat, bestimmt auch Gegenwart und Zukunft.
Diesem Anspruch folgt die Erklärung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 mit dem Titel: »Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas«. Per Beschluss soll aus dem kollektiven europäischen Gedächtnis getilgt werden, dass die UdSSR und die Rote Armee die Hauptlast des Krieges und des Sieges über den Faschismus getragen haben. Die entsprechende Kodifizierung der Geschichte, wonach der Krieg

ein Gemeinschaftswerk Hitlers und Stalins gewesen sein soll, verfolgt unter den heutigen Bedingungen Europas ganz andere Ziele als die Klärung historischer Fakten.
Nach Jahrzehnten harter neoliberaler Politik reagieren Konservative aller Schattierungen in der EU auf wachsenden Druck populistischer wie neofaschistischer Strömungen und Parteien in ihren Ländern mit einer autoritären Wende. Sie experimentieren mit alten konservativen und neuen populistischen Konzepten - und auch mit militärischen Auswegen aus Krisen.
Auf solchen Wegen wurde vor 100 Jahren in der »Zwischenkriegszeit« der Faschismus an die Macht gebracht - nicht nur, aber besonders barbarisch in Deutschland, mit verheerenden Folgen weltweit. Dieser Zusammenhang darf nicht aus dem öffentlichen Bewusstsein und der Politik verschwinden, wenn Demokratie und Frieden in Europa eine Chance haben sollen.

# ZUM THEMA: CORONAKRISE

**Stefan Heym, Frank Richter, Klaus Reinhardt - Gedanken und Argumente**

**WER KANN HELFEN?**
Wenn neuerdings von Wertschätzung der Arbeit in Quarantäne- Zeit die Rede ist, kommen einen so manche interessante ältere Texte unter. Man erinnert deren Autor nicht mehr so genau.
So auch bei dem Text, der mit DIE KRANKENSCHWESTRN überschrieben ist. Der Freie Presse Redaktion, die jetzt regelmäßig mit einer "Quarantäne Seite" versucht die Leser zu unterhalten, wurde vorgeschlagen ihre Leser mal zu fragen: Wer kann im "Fall" DIE KRANKENSCHWESTRN helfen, den Autor und vielleicht auch das Jahr / Ort des Erscheinen des Textes zu bestimmen? - Unser Vorschlag blieb ungehört. Weil der Lösungsvorschlag länger in die Geschichte zurückreicht? Weil ein nunmehriger Ehrenbürger der Stadt Chemnitz da nicht gern zitiert wird?

**DIE KRANKENSCHWESTERN**

Da liegst du im Krankenhaus, und das Fieber klettert, und du bist schrecklich hilflos in deinem Dämmerzustand und deiner Schwäche. Plötzlich legt sich dir eine kühlende Hand auf die Stirn; jemand träufelt dir Medizin ein, schüttelt das Kissen auf, spricht dir zu, sorgt sich um dich. Die Schwester.
Ich will nicht sentimental werden und das hohe Lied von den tapferen, aufopferungsvollen, helfenden, geduldigen Krankenschwestern singen - obwohl sie es verdienten, die meisten von ihnen wenigstens. Ich will auch nicht weiter darauf eingehen, daß die Arbeit der Schwester meistens schwer, sehr oft unangenehm, und mitunter gefährlich ist - es gibt noch andere Berufe, auf die Ähnliches zutrifft.
Aber ich behaupte, daß wir uns nicht genügend um die sorgen, denen die Sorge um uns obliegt. Ich behaupte, daß wir, die wir mit Recht so stolz auf die Entwicklung des Gesundheitswesens ... sind, uns zu wenig Gedanken machen über das Wohl und Wehe der Krankenschwestern, auf deren Schultern ein beträchtlicher Teil dieses Gesundheitswesens lastet.

Wenn eine Arbeiterin sich jahrelang schult und nun an einer komplizierten Maschine steht und für diese Maschine acht Stunden täglich verantwortlich ist, so wird sie entsprechend geachtet und entlohnt.
Gibt es eine kompliziertere Maschine als den Menschen? Gibt es eine verantwortlichere Arbeit als die Pflege des kranken Menschen?
Wir aber betrachten die Krankenschwester irgendwie als etwas Selbstverständliches. Weiß der Teufel, denken wir, warum sie die Drecksarbeit überhaupt macht, wahrscheinlich aus Menschenliebe, manche Frauen sind eben wohl so, ein bißchen verschroben, oder mütterlich, oder idealistisch....

Krankenschwester sein ist heute ein Beruf, und ein ehrenvoller Beruf; aber es wird da eine Kaderpolitik betrieben, daß es ein Jammer ist und wir nicht genug Schwestern haben und ganze Stationen in Krankenhäusern in Gefahr kommen, geschlossen zu werden...
**Es wäre doch zu wünschen, daß das Gesundheitsministerium zusammen mit anderen zuständigen Organisationen - den Gewerkschaften, zum Beispiel! - ernsthaft und etwas rascher als bisher an die Frage der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Krankenschwestern heranginge. Denn diese Frage betrifft nicht nur jene Arbeiterinnen, die man als Krankenschwestern bezeichnet - sie betrifft uns alle. Wir alle können einmal krank werden.**

**ZUM THEMA WERTSCHÄTZUNG SCHRIEB STEFAN HEYM DAS AM 11. DEZEMBER 1955**

**Es ist gut sich zu erinnern. Nun, 2020 sollen Pflegekräfte eine Prämie erhalten, um ihre besonderen Leistungen, die sie unter der Corona-Gefahr erbringen, zu würdigen.
Und wie dann weiter? - Wird wieder, wie von Frank Richter befürchtet, alles vergessen?**

Fanal Corona – und doch keine Abkehr vom Wachstumswahn?

VON FRANK RICHTER

EINSPRUCH: LEHREN AUS DER CORONAKRISE

Einspruch – Standpunkte zum Streiten. Unter diesem Motto veröffentlicht die „Freie Presse" einen Gastbeitrag von Frank Richter. Der Theologe warnt davor, das die Gesellschaft nach Bewältigung der Folgen

Frank Richter

Der gebürtige Meißener wird in drei

DAS THEMA: CORONAKRISE

Ist nach der Krise auch vor der Krise?

Die „Freie Presse" druckt heute auf zwei Seiten Leserreinungen zur Coronakrise. Im Mittelpunkt: Reaktionen auf die

DAS THEMA: DIE CORONAKRISE

Jeder denkt an sich – auch in Zukunft?

In seinem Essay „Fanal Corona – und doch keine Abkehr vom Wachstumswahn?" hat der Theologe Frank Richter davor

2018 Direktor der

politischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag.

**Der Theologe und Landtagsabgeordnete Frank Richter hat mit seinem Essay in der Freien Presse eine lebhafte Zeitungsdiskussion begonnen.**

**Richter am 31. März 2020:**

***Ich provoziere, weil ich befürchte, dass wir zur Tagesordnung übergehen werden, wenn der letzte Corona-Erkrankte gestorben und der letzte Corona-Überlebende immunisiert sein wird, weil ich befürchte, dass wir danach weitermachen werden wie bisher, und dass wir es möglicherweise noch gedankenloser, hemmungsloser und rücksichtsloser tun werden. Wir werden die Erschütterung unserer Lebensgewohnheiten so schnell wie möglich vergessen. Wir werden die radikale Infragestellung der Funktionslogik unseres Produzierens, Handelns und Konsumierens so lange relativieren und interpretieren, bis wir das Problem nicht mehr verstehen. Wir werden Überstunden schrubben. Wir werden das gefährdete Wachstumsziel der deutschen Wirtschaft über die Ziellinie retten und danach zusammenbrechen.***

***

Covid-19 Ärztekammerpräsident Reinhardt für neues Finanzierungsmodell für Krankenhäuser nach Coronavirus-Krise

Kliniken seien Einrichtungen der Daseinsfürsorge und keine Industriebetriebe, sagte Klaus Reinhardt. Die Kliniken müssten den Patienten dienen, nicht dem Profit. Das müsse sich ins kollektive Gedächtnis einbrennen. Wie wichtig das sei, sehe man in Krisenzeiten wie diesen.

**Daseinsfürsorge** - bisher nur eine LINKENFORDERUNG

**<u>Peter Richter</u> ist Journalist und arbeitete lange als politischer Redakteur bei Tageszeitungen, darunter »neues deutschland«.**

Covid-19 – Indikator eines Systemversagens

Nicht das Coronavirus ist das Problem, sondern der Kapitalismus, der dessen zerstörerische Wirkung potenziert

Und es gibt Anzeichen, dass nach diesem Muster auch nach Bewältigung der Coronakrise verfahren werden soll. Die regierungsnahe Leopoldina-Akademie hat in ihrer jüngsten Stellungnahme ausdrücklich die Rückkehr zur »freiheitlichen Marktordnung« und den »Abbau der Staatsverschuldung« im Sinne der Schuldenbremse angemahnt. Vorschläge für eine bessere Ausstattung des Gesundheitswesens machte sie nicht; 2016 hatte sie noch in Thesen »Zum Verhältnis von Medizin und Ökonomie im deutschen Gesundheitswesen« die rigorose Schließung vermeintlich überflüssiger Krankenhäuser gefordert. / nd 21. 4. 2020

**KLARER STANDPUNKT**

**„In welcher Welt, in welcher Gesellschaft wir leben werden " – nach der Coronapandemie –, „hängt von uns ab". Diese Worte des Bundespräsidenten sind für mich Ansage, diese Gesellschaftsordnung zu hinterfragen. Heinz Krummey**

**<u>Chancen jetzt nutzen</u>**

**<u>Erstens:</u> Wir sollten weiterhin Wissen global austauschen, aber regional produzieren und Handel treiben. Das macht das einzelne Land unangreifbarer und bremst den Klimawandel. Das funktioniert jedoch nur in einer nicht auf Profitmaximierung fokussierten Welt.**

**<u>Zweitens:</u> Ohne die mittelalterliche Kleinstaaterei könnten wir bereits viel weiter in der Krisenbewältigung sein, wenn deutschlandweit einheitliche Regeln gelten würden.**

**<u>Drittens:</u> Jetzt hat der Letzte erkannt, wer in unserer Gesellschaft unverzichtbar ist, weil er unser aller Leben am Laufen hält, und das nicht nur in Krisenzeiten. Den Menschen in diesen Berufen gebührt angemessene Wertschätzung, die sich in ebensolcher Bezahlung und Personalausstattung ausdrückt.**

**<u>Viertens:</u> Solidarität ist das Gebot der Stunde, denn wir sitzen alle im selben Boot. Gerade zeigt sich, wie wir Probleme bewältigen können, wenn wir zusammenstehen. Bleibt zu hoffen, dass auch die Politiker diese Chancen erkennen und die richtigen und nachhaltigen Lehren zu unser aller Wohl ziehen. Die Zeit dafür ist reif.**

**Margitta Zellmer**

# Alles nur noch Corona- Krise, ALLES?, UND WAS IST NOCH ZU ERINNERN!

Matthias Krauß

## Die große Reinigung

**Im schlechtesten Sinne deutsch: Eine Teufelsaustreibung neuen Typs - Endlos-Abrechnung mit der DDR**

Es ist das eine, festzustellen, dass bei der Stasi-«Aufarbeitung« rechtsstaatliche Standards außer Kraft gesetzt sind, das sittlich gebotene Verjährungsprinzip ungültig ist und Persönlichkeitsrechte unbeachtet bleiben. Ein anderes ist es, die Frage nach dem Warum zu beantworten. Denn das Wissen darum, dass eine nicht enden wollende Verfolgung kein menschlicher Vorgang ist, sondern ein teuflischer - das ist ethisches Fundament des Rechtswesens in Deutschland wie in der gesamten zivilisierten (und auch unzivilisierten) Welt. Weshalb im Falle der Stasi-IM aber der Fremdkörper, diese bewusste Ausnahme? Warum diese selbstverständliche Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze unter dem Beifall der Medien? Warum keine Amnestie, Gnade, Versöhnung selbst nach so langer Zeit?
So unförmig die innerdeutsche Aufarbeitungsindustrie inzwischen auch aufgebläht ist, bezeichnenderweise reflektieren die bestallten Wächter niemals über die rechtlichen, sittlichen oder ethischen Grundlagen ihres Vorgehens. Aber »nichts, was im Prinzip Unrecht ist, kann in der Praxis Recht sein«, wusste schon der 48er Revolutionär und spätere US-Innenminister Carl Schurz. Was hätte der wohl zum Antrag der Partei »Die Grünen« im Landtag Brandenburgs gesagt, jetzt den gesamten höheren Landesdienst noch einmal zu durchleuchten? Brandenburg hat mit dem von allen Parteien gebilligten Entschluss von 1994 »Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten« einen Standard gesetzt, der heute von den bürgerlichen Parteien expressis verbis abgelehnt wird. Es habe zu einer uneinheitlichen Praxis in den einzelnen Ministerien geführt, begründet Fraktionschef Axel Vogel. Vordergründiges Motiv ist das der Rache.

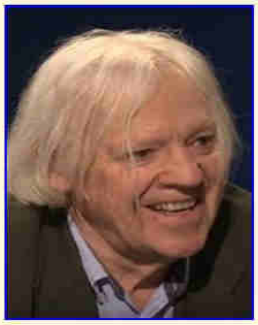
# 89 / 90

**Donnerstag 16. Januar 2020: Vor 3o Jahren - Auflösung des MfS. Freie Presse fasziniert.**

**GELASSEN BLEIBEN?**
**Wenn in Medien nur 89/90er "Heldengeschichten" erzählt werden?**

**Von dem "Wende-Wunder" in der DDR , dass die Waffenarsenale des Ministeriums für Staatssicherheit, NVA und Polizei ZU blieben, dem Land ein Bürgerkrieg erspart blieb, ist selten was zu lesen.**
**Die hypertrophierte Sicherheitspolitik der SED war einer der maßgeblichen Auslöser, die die DDR-Bürger im Herbst 1989 in Massen auf Straßen und Plätze getrieben hatten. Und selbst bei einigen Mitarbeitern des MfS Diskussionen entfachten.**

**Zu Erinnerungen**



**Wer die Erinnerungen eines Menschen, aber auch eines Volkes beherrscht, beherrscht auch diesen Menschen oder dieses Volk. In den Geschichtsbüchern steht immer auch Politik, um Denkmäler entbrennen politische Auseinandersetzungen, welche Akten in Archiven verstauben, welche von Behörden gepflegt und verwaltet werden, ist eine politische Entscheidung.**
**Das hat auch die deutsche Wiedervereinigung gezeigt, in der die Untugenden der Stasi öffentlich gemacht wurden, während die Geheimnisse des BND Geheimnisse bleiben durften.**

**(Der Münchner Psychoanalytiker Dr. Wolfgang Schmidtbauer )**

Jörg Roesler

## Trügerische Zufriedenheit

**Vor 30 Jahren begannen die deutsch-deutschen Verhandlungen über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion**

Am 25. April 1990 konnte man es in allen Zeitungen lesen: Bundeskanzler Helmut Kohl und DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière hatten sich bei ihrem Treffen in Bonn auf eine Währungsunion zwischen der DDR und der BRD geeinigt. Sie sollte am 1. Juli in Kraft treten. Die Konditionen im Detail seien noch auszuhandeln, hieß es. Zwei Tage später begannen die entsprechenden Verhandlungen, ebenfalls in Bonn.
Der Regierungschef der DDR zeigte sich zufrieden mit dem Gang der Dinge. In seiner Regierungserklärung eine Woche zuvor hatte er, für alle DDR-Bürger sprechend, deklariert: »Wir wollen arbeiten, leben und wohnen in einer Marktwirtschaft. Die Einheit muss so schnell wie möglich kommen.« ...

**89 / 90**

Zufrieden war auch der Bundeskanzler - vor allem hinsichtlich des frühen Datums für die De-facto-Wirtschaftsintegration der DDR als Startschuss für die Art der Wiedervereinigung, wie er sie sich wünschte, woraus er seit Dezember 1989 keinen Hehl machte: Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik so rasch wie möglich.
Unzufrieden dagegen war de Maizières Vorgänger im Amt, Hans Modrow. Er hatte im Januar 1990 seiner Regierung der Nationalen Verantwortung Vorstellungen über Ziele, Grundrichtung und Etappen der als notwendig erachteten marktwirtschaftlichen Transformation der DDR vorgestellt. Diese sollte, so seine Wirtschaftsministerin Christa Luft, »in einem noch für mehrere Jahre politisch souveränen und ökonomisch selbstständigen Staat DDR erfolgen und - bei Nutzung von Erfahrungen der BRD - eigenständig gestaltet werden«....

Die in den ersten anderthalb Jahrzehnten nach der deutschen Vereinigung erzielten Ergebnisse bestätigten die Position von Modrow, Luft und deren Mitstreitern und die Warnungen westdeutscher Spezialisten. Das von de Maizière bei seiner Amtseinführung kurz vor der Aufnahme der deutsch-deutschen Vereinigungsverhandlungen gegebene Versprechen, »dass die DDR-Bürger nicht das Gefühl bekommen, zweitklassige Bundesbürger zu werden«, hätte verwirklicht werden können.
24.4.20 nd

Yana Milev

## Verweigerung einer Untersuchung

**Yana Milev nimmt die Mythen um die Transformationsgesellschaft auseinander**

Ich bin Opfer. Ich wurde 1983 mit Hochschulverbot belegt und musste mich drei Jahre in der Produktion «bewähren». Ich wurde observiert und verfolgt. Physisch und psychisch. Ich erfuhr Unrecht. Ich teilte das Schicksal einer marginalen Minderheit von Ostdeutschen. Aber ich gehöre nicht zu dieser Spezies, weil ich meine Erfahrung nicht zur Perspektive aller erkläre.
Denn ich bin Wissenschaftlerin, Soziologin. Ich unterscheide zwischen Subjektivem und Objektivem, zwischen Reflexion und Realität. Zwischen Persönlichem und Gesellschaftlichem. Zwischen Erscheinung und Wesen. Zwischen Emotionen und Fakten. Oder um es volkstümlicher zu formulieren: Mein Nabel ist nicht der Nabel der Welt. «Alle Wissenschaft wäre überflüssig», wusste schon Karl Marx, «wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen.»

Seit dem Ende der DDR wird um die Deutung der Vergangenheit gestritten. Der vorherrschende Ton ist anklagend und ideologisch durchdrungen, die verfolgte Absicht durchschaubar: Was zwischen 1945 und 1990 im Osten geschah, war ein einziges Verbrechen. Hingegen blühten im Westen Wohlstand und Demokratie. Hier der Garten Eden - da die Hölle. Die vorgenommene Verurteilung des gesellschaftlichen Gegenentwurfs im Osten dient der Legitimierung und der Erhebung des eigenen Systems. Gewiss ist die Frage zu stellen nötig und auch zu beantworten möglich, nämlich ob

der reale Sozialismus auch einer war oder nicht. Wie eben die Frage zu stellen begründet ist, ob der Kapitalismus die Krone der Schöpfung und damit die Zukunft darstellt. Sie scheint inzwischen hinlänglich beantwortet.
Jenes übergreifende Moment beschäftigt mich als Soziologin nur insofern, als ich diese Tatsache als gegeben voraussetze. Ich beschäftige mich vielmehr mit den konkreten Erscheinungsformen, den Ursachen und den Folgen, deren Zeugen wir seit 1990 sind. Die Summe meiner Untersuchungen dieser Kulturkatastrophe fasse ich in Thesen, die ich mit Fakten zu belegen versuche. Zugegeben, meine Annahmen müssen vom hiesigen Mainstream - wer immer darin auch schwimmt - als Provokation empfunden werden. Denn meine Erkenntnisse weichen erheblich von dem Narrativ ab, das zweckdienlich von den meinungsbildenden Institutionen verbreitet wird. Dort herrscht nämlich die Haltung vor, die man der Propaganda der DDR vorwirft und gern mit der Liedzeile von Louis Fürnberg aus dem Jahr 1949 meint beweisen zu können: «Die Partei, die Partei, die hat immer recht.»

... Untersuchungen gesellschaftlicher Prozesse im Osten pflegen allenfalls dann Zuwendung und Unterstützung zu erfahren, wenn sie denn bereits postulierte Urteile und Thesen bestätigen. Für den «Beweis», dass die DDR ein «Unrechtsstaat» gewesen sei, wendet man seit drei Jahrzehnten Millionenbeträge auf, schuf Stiftungen und Bundesbehörden, alimentiert aufwändige Forschungsprojekte, Kolloquien und Konferenzen. Für den Nachweis einer miserablen, falschen Politik, die systemischen Charakters ist und im Wesentlichen in der westdeutschen Gesellschaft wurzelt, «fehlen» die Mittel. Darum nimmt es nicht wunder, dass meine wissenschaftlichen Untersuchungen nicht in Deutschland, sondern im Ausland gefördert wurden. Ich promovierte in Wien und habilitierte mich an der Universität St. Gallen in der Schweiz. ...
Jedoch greift hier die Vermutung zu kurz, dass es in Deutschland heute deshalb keine eigenständigen Sozialforschungen und -untersuchungen im und für den Osten gebe, weil deren Ergebnisse die offiziellen Darstellungen als das entlarvten, was sie sind: nämlich Propaganda. Das spüren die meisten Menschen ohnehin inzwischen. Es zeigt sich im schwindenden Vertrauen in Politik und Parteien und dem Verlust von Glaubwürdigkeit. Nicht erst das Hickhack um die Wahl des Ministerpräsidenten Thüringens im Februar 2020 offenbarte dies. Aber der Verlust an Glaubwürdigkeit etwa der Medien, die die Gesellschaft reflektieren, hat auch noch andere Gründe. «Journalismus ist im Kern Beobachtung, Berichterstattung, Kommentierung. Aber mittlerweile ist es vor allem Unterhaltung. Und zu viel Unterhaltung schadet eben der Wahrhaftigkeit - und also der eigenen Glaubwürdigkeit», meinte der Schweizer Kommunikationsberater Andres Luther in der Neuen Zürcher Zeitung. Alles wird zum Boulevard.
Die Verweigerung einer intensiven und ergebnisoffenen Untersuchung sozialer Verwerfungen im Osten Deutschlands hat tiefer liegende Ursachen. Sie liefern Rückschlüsse auf die Entwicklungen in den neoliberalen Gesellschaften weltweit. Auch auf die in der deutschen Gesellschaft. Und offenkundig fürchtet man die Antworten. ...

**Yana Milev, geboren in Leipzig, ist habilitierte Kultursoziologin. Sie hat die Auswirkungen der Bonner Abwicklungs- und Anschlusspolitik seziert und die mediale Begleitung der Übernahme analysiert. Im Zentrum ihrer Untersuchungen steht die Treuhandanstalt als Vollstreckerin des politischen Willens der Mächtigen der alten Bundesrepublik.**
**Milev spricht deutlich und offen aus, was die Politik Verschweigt: Die »friedliche Revolution« - sie war keine. Die Abwesenheit physischer Gewalt bedeutete nicht, dass es nicht psychischen Druck und andere Formen der Übernahme gab. »Wir sind ein Volk«? - mitnichten.**

Zeitenwende? Wie ein Virus die Welt verändern könnte

# Zurück zu welcher Normalität?

**Wer jetzt »alte Normalität« fordert, meint den Zustand vor der Coronakrise. Aber nur vereinzelt taucht die Forderung nach einer Abkehr von dem System der Kommerzialisierung lebenswichtiger Bereiche der Gesellschaft auf. In der Freien Presse Chemnitz wurde hingegen ein aufschlussreiches Interview mit der LINKEN Politikerin Susanne Schaper veröffentlicht.**
Mit der 42-jährigen Sozialpolitikerin aus Chemnitz sprach Tino Moritz (FP 25. April 2020)

## "Ich will niemanden enteignen"

**Sachsens Linken-Chefin Susanne Schaper über Lehren aus der Coronakrise und ihre Rückkehr in den Beruf**

**Freie Presse: Stimmt es, dass Sie wegen der Coronakrise in Teilzeit in Ihren alten Beruf zurückgekehrt sind?**
**Susanne Schaper:** Es heißt doch immer, Politiker in die Produktion. Im Ernst: Mein Beruf als Krankenschwester hat mich auch als Gesundheitspolitikerin nie losgelassen. Meinen jährlichen Hilfseinsatz in Vietnam musste ich dieses Jahr wegen Corona kurzfristig absagen. Als hier medizinisches Personal gesucht wurde, habe ich mich gemeldet, auch schon in der Corona-Ambulanz ausgeholfen. Ich würde mit meinen 20 Jahren Berufserfahrung sofort im Krankenhaus arbeiten, wenn ich gebraucht werde.

**Wie ist die Stimmung der Kollegen und Ex-Kollegen?**
Das medizinische Personal in Sachen ist sehr motiviert und einsatzbereit. Die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung funktioniert rotz der immensen Belastung. Dennoch nehme ich zugleich eine Verunsicherung über alle Abteilungen hinweg wahr, zum Beispiel bei den Hausärzten, für die auch zu wenige Schutzausrüstungen da sind. Alle fragen sich, was nach Corona kommt.

**Was halten Sie von der Maskenpflicht, die nach sächsischem Vorbild nun hundesweit kommt?**
Sie ist umstritten, da sie auch ein falsches Gefühl der Sicherheit erzeugt. Der Mund-Nasen-Schutz schützt das Umfeld nur vor dem eigenen Auswurf. Ansonsten ist es eine schwierige Debatte. Das A und 0 bleiben die Abstandsregeln und das Händewaschen. Schwierig ist, eine Pflicht zu verhängen, wenn die Masken nicht einmal für den medizinischen Bereich reichen. Und es sollte für Menschen, die diese aus medizinischen Gründen nicht tragen können, Ausnahmen geben. Aber natürlich halte ich mich selbst an die Regeln, ich möchte da auch solidarisch sein.

**Schon Mitte März nannten Sie die von der Regierung vorgenommenen Eingriffe in das öffentliche Lehen folgerichtig. Sind Sie auch jetzt noch mit dem Regierungskurs zufrieden?**
Keiner, wirklich keiner, konnte auf Erfahrungswerte zurückgreifen. Es geht hier um den Schutz von Leben. Und es hat ja auch bisher funktioniert. Wichtig ist nur, dass wir Lehren daraus ziehen- Nichts ist so schlecht, dass es nicht für irgendetwas gut ist. Jetzt zeigt sich, dass Gesundheit keine Ware sein darf.

**Das deutsche Gesundheitssystem wird international in höchsten Tönen gelobt. Auch die Anzahl der Intensivbetten reicht bisher aus. Was gibt es denn da für die Linke noch zu holen?**
Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns das Lob erst durch eine gewaltige Hauruck-Aktion verdient haben. Dass wir jetzt so viele Intensivbetten zur Verfügung haben, liegt auch an den dafür ausgelobten Prämien. Da hat so manches private Krankenhaus schnell aufgerüstet. Kommunale Häuser haben da einen anderen Versorgungsauftrag. Ich wünsche mir mehr denn je eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern.

**Fordert die Linke also mitten in der Coronakrise die Enteignung aller privaten Krankenhäuser?**
Ich will niemanden enteignen, aber das Beitragsgeld der Krankenversicherten sollte auch in Krisenzeiten nicht als Gewinn in den Taschen privater Konzerne landen. Für mich gibt es da ein klares Kriterium - die Regelversorgung, Es ist ein Unterschied, ob jemand beispielsweise an einem Tumor erkrankt oder ob er sich die Brüste vergrößern lassen will. Es ist total legitim, dass Schönheitschirurgie privat angeboten wird. Privatkliniken für private Leistungen. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand. Damit jeder, der krank wird, gut behandelt werden kann.

**Welche Lehren sind denn unmittelbar aus Corona ableitbar?**
Wir müssen weg von den Fallpauschalen. Krankenhäuser müssen wieder nach dem tatsächlichen Aufwand für die Patienten statt nach Diagnosen bezahlt werden. Dann müssen wir auch den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken. In den vergangenen Jahren waren wir als Linke die einzigen, die das gefordert haben. Inzwischen sehen auch andere ein, dass die Gesundheitsämter mehr Personal brauchen - auch in Nichtkrisenzeiten. Die Lieferengpässe bei Schutzausrüstung und Arzneimitteln

müssen zu einem Umdenken führen. Dazu müssen wir regionale Unternehmen unterstützen. Und es kann natürlich auch nicht so bleiben, dass systemrelevante Berufe teils am schlechtesten bezahlt sind. Dabei sollten wir die für Hygiene wichtigen Reinigungskräfte nicht vergessen. Es ist unfassbar, dass auch Krankenhäuser Reinigungspersonal in Kurzarbeit geschickt haben - während dieselben Einrichtungen für jedes leerstehende Bett als Corona-Vorsorge pro Tag 560 Euro kassierten.

„Ich will niemanden enteignen"

Sachsens Linke-Chefin Susanne Schaper über Lehren aus der Coronakrise und ihre Rückkehr in den alten Beruf

**CHEMNITZ/DRESDEN** – Sachsens Linke zeigt sich mit dem Kurs der schwarz-grün-roten Landesregierung zur Bewältigung der Coronakrise bisher weitgehend einverstanden. Für Susanne Schaper, seit mehr als fünf Monaten Landesvorsitzende der Oppositionspartei, kommt es nun aber auf die langfristigen Konsequenzen an. Mit der 42-jährigen Sozialpolitikerin aus Chemnitz sprach Tino Moritz.

***Freie Presse: Stimmt es, dass Sie wegen der Coronakrise in Teilzeit in Ihren alten Beruf zurückgekehrt sind?***

**Susanne Schaper:** Es heißt doch immer, Politiker in die Produktion. Im Ernst: Mein Beruf als Krankenschwester hat mich auch als Gesundheitspolitikerin nie losgelassen. Meinen jährlichen Hilfseinsatz in Vietnam musste ich dieses Jahr wegen Corona kurzfristig absagen. Als hier medizinisches Personal gesucht wurde, habe ich mich gemeldet, auch schon in der Corona-Ambulanz ausgeholfen. Ich würde mit meinen 20 Jahren Berufserfahrung sofort im Krankenhaus arbeiten, wenn ich gebraucht werde.

***Wie ist die Stimmung der Kollegen und Ex-Kollegen?***

Das medizinische Personal in Sachsen ist sehr motiviert und einsatzbereit. Die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung funktioniert trotz der immensen Belastung. Dennoch nehme ich zugleich eine Verunsicherung über alle Abteilungen hinweg wahr, zum Beispiel bei den Hausärzten, für die auch zu wenige Schutzausrüstungen da sind. Alle fragen sich, was nach Corona kommt.

***Was halten Sie von der Masken-***

Susanne Schaper im Video-Interview der „Freien Presse"

SCREENSHOTS/AMATHIS; TINO MORITZ/ANJA MANN

***undenkbar geworden?***

Das hoffe ich. Laut der Studie sollte ihre Zahl von bundesweit 1400 auf 600 reduziert werden – 800 Krankenhäuser sollten also geschlossen werden, auch Häuser in Sachsen. Jetzt müsste auch dem Letzten klar sein, dass das keine verantwortbare Idee ist. Klar muss es nicht überall ein Kompetenzzentrum für Hüften geben, aber eine Anlaufstelle zur Notversorgung schon – das hilft dann auch für dringende Umrüstungen vor der nächsten Pandemie.

***Die Coronakrise erfordert auch auf anderen Gebieten massive Hilfen des Staates. Bei wem soll er sich das Geld zurückholen?***

Jedenfalls nicht über die pauschale Erhöhung von Steuern, die alle Menschen unabhängig vom Einkommen gleichermaßen belasten würde. Das lässt sich anders lösen. Die Linke ist für die Einführung einer solidarischen Krankenkasse, in die alle einzahlen. Wir fordern die Einführung einer Vermögenssteuer, die Herabsetzung des Freibetrags bei der Erbschaftssteuer für absurd hohe Erbschaften, eine Finanztransaktionssteuer und einen erhöhten Spitzensteuersatz – ab einem Jahreseinkommen von einer Million Euro.

***Selbst wenn es jetzt mehr als die 175 Einkommensmillionäre 2016 im Freistaat geben sollte, dürfte das kaum reichen. Sachsen will ja bis zu sechs Milliarden Euro an Schulden aufnehmen. Werden zu deren Tilgung drastische Einschnitte nicht unausweichlich sein?***

Das muss nicht sein. Sachsen verfügt über Rücklagen in Milliardenhöhe. Wir werden als Linke darauf achten, dass nichts gestrichen wird,

**Susanne Schaper im Video-Interview der Freien Presse.**

**Die Berteismann-Stiftung hatte noch 2019 die Schließung vieler Kliniken empfohlen. Ist das nun undenkbar geworden?**
Das hoffe ich. Laut der Studie sollte ihre Zahl von bundesweit 1400 auf 600 reduziert werden - 800 Krankenhäuser sollten also geschlossen werden, auch Häuser in Sachsen. Jetzt müsste auch dem letzten klar sein, dass das keine verantwortbare Idee ist. Klar muss es nicht überall ein Kompetenzzentrum für Hüften geben, aber eine Anlaufstelle zur Notversorgung schon - das hilft dann auch für dringende Umrüstungen vor der nächsten Pandemie.

**Die Coronakrise erfordert auch auf anderen Gebieten massive Hilfen des Staates. Bei wem soll er sich das Geld zurückholen?**
Jedenfalls nicht über die pauschale Erhöhung von Steuern, die alle Menschen unabhängig vom Einkommen gleichermaßen belasten würde. Das lässt sich anders lösen: Die Linke ist für die Einführung einer solidarischen Krankenkasse, in die alle einzahlen: Wir fordern die Einführung einer Vermögensteuer, die Herabsetzung des Freibetrags bei der Erbschaftssteuer für absurd hohe Erbschaften, eine Finanztransaktionssteuer und einen erhöhten Spitzensteuersatz - ab einem Jahreseinkommen von einer Million Euro.

**Selbst wenn es jetzt mehr als die 175 Einkommensmillionäre 2016 im Freistaat geben sollte, dürfte das kaum reichen. Sachsen will ja bis zu sechs Milliarden Euro an Schulden aufnehmen. Werden zu deren Tilgung drastische Einschnitte nicht unausweichlich sein?**
Das muss nicht sein. Sachsen verfügt über Rücklagen in Milliardenhöhe. Wir werden als Linke darauf achten, dass nichts gestrichen wird, was dem sozialen Frieden dient und sozial Benachteiligte schützt. Ich wüsste auch gar nicht, wo die Regierung groß streichen könnte. Mit sozialer Großzügigkeit hat Sachsen ja schon in der Vergangenheit nicht unbedingt geglänzt

**Sie treten für die Linke zur Chemnitzer Oberbürgermeisterwahl an. Kam Ihnen die Verschiebung des Wahltermins von Juni auf voraussichtlich September wegen Corona zupass?**
Es war eine lebensnahe Entscheidung. Corona verändert natürlich auch die Anforderungen für die nächsten sieben Jahre in Chemnitz. Wenn die Coronakrise ein Marathon ist, sind wir momentan bei Kilometer 5. Das meiste liegt also noch vor uns. Wir brauchen ein gutes Konzept für unser Zusammenleben, gerade jetzt.

---

Susanne Schaper
Die gebürtige Karl-Marx-Städterin sitzt seit 2009 für die Linke im Chemnitzer Stadtrat. Seit der Landtagswahl 2014 ist sie Landtagsabgeordnete. Nach der Realschule folgte 1998 der Abschluss als Krankenschwester, 2018 nach berufsbegleitendem Studium dann der Abschluss als Diplom-Pflegewirtin. Im Landtag ist die verheiratete Mutter dreier Kinder seit der Landtagswahl 2019 Chefin des Sozialausschusses. Seit November 2019 ist die inzwischen 42-Jährige gemeinsam mit Stefan Hartmann Landeschefin.

---

## Realpolitik gegen Verschwörungstheorien

Linker Gegenprotest zur von Rechten okkupierten »Hygienedemo« am Rosa-Luxemburg-Platz

# GENAU GESEHEN ANMERKUNGEN ZUM THEMA

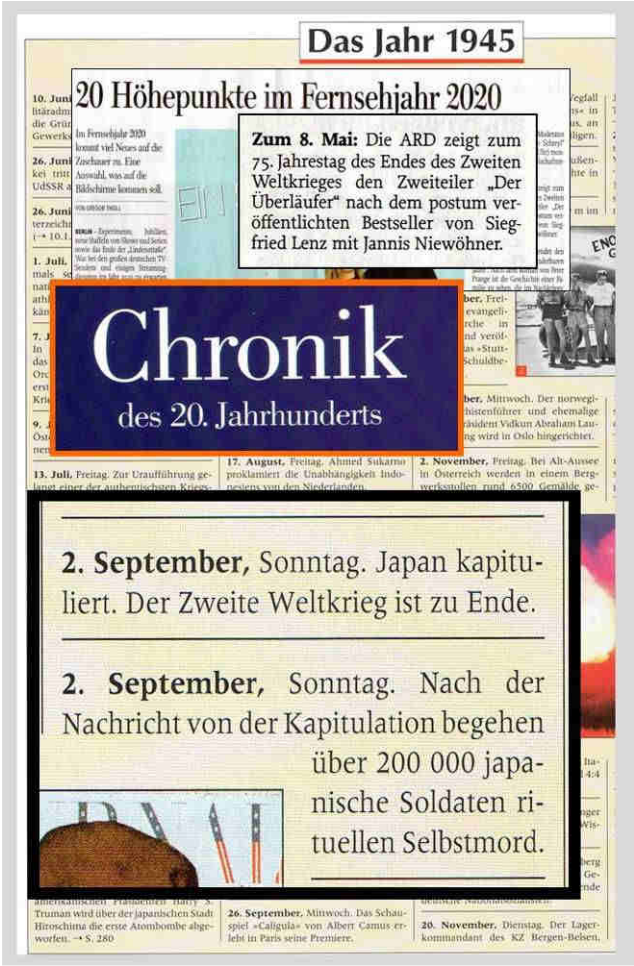
**Verschwörungstheorien sind ein wachsendes Problem. Anhand Corona lässt sich nun beispielhaft miterleben wie sie wachsen - so der Journalist Tim Hofmann. Wer nicht in Verschwörungstheorien hängenbleiben will, dem bleibt nur der Selbsttest: Wie gründlich habe ich meine Meinung gebildet? - Das wiederum sollte auch vor allem eine Forderung an die Medienmacher sein.**

---

Prof. Dr. Heribert Prantel, Rechtswissenschaftler und Journalist
Hass und Hetze, virtuell und handgreiflich, sind zahlreich in Deutschland. Sie verdienen genaueste Beobachtung, subtile Einordnung und konsequente Bestrafung. Nein, Schmähungen gehören nicht zur Meinungsfreiheit. Ja, das Wort „Volksverräter" ist ein hetzendes und strafbares Wort. Nein, es stimmt nicht, dass gegen Verrohung kein Kraut gewachsen ist. Das Strafrecht ist klar, die Haltung der Sicherheitsbehörden ist es aber oft nicht. Wenn Volksverhetzung Volkssport wird, darf der Staat nicht einfach zuschauen. Es gibt zu wenig Widerstand gegen die neue Aggressivität. Dieser Widerstand besteht auf Seiten der Medien auch aus größter Genauigkeit und Sorgfalt.

---

**Genauigkeit und Sorgfalt**, sie werden jedoch vermisst, wenn z.B. geschichtliche Themen vermittelt werden.
Ein Autor schrieb in der Freien Presse am 28. April: ***"Adolf Hitler, der Diktator, starb am 30. April 1945. Doch die Diktatur forderte weiterhin Opfer. Erst eine Woche später endete der Zweite Weltkrieg vor 75 Jahren."*** Gemeint ist freilich das **Kriegsende in EUROPA!**
In Ankündigung der "20 Höhepunkte im Fernsehjahr 2020" war in der Zeitung zu lesen: ***"Zum 8. Mai: Die ARD zeigt zum 75. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkrieges den Zweiteiler "Der Überläufer"...*** **Europa, Asien - die Welt, Genauigkeit und Sorgfalt, wo sind sie da geblieben?**




**AUCH ZUM THEMA:**
**Genauigkeit und Sorgfalt, bei Chef - Redakteur einer Werbezeitung?**

Was war zu Ostern geschehen? In großer Aufmachung auf Seite 1 der Werbe - Zeitung WOCHENENDSPIEGEL Chemnitz war eine Anzeige des Kreisverbandes Chemnitz der Partei AfD gedruckt. (Übrigens, wenn man die Firma besucht, für die in der Anzeige darüber geworben wird, konnte der Besucher auch bisher schon an diverse Werbeutensilien für die finanzkräftige Partei gelangen)
Über die breite Aufmachung der Anzeige auf Seite 1 der Osterausgabe mokierte sich eine Leserin beim Chefredakteur, Sven Günther. Keine ungewöhnliche Sache! Der Chefredakteur antwortete der Leserin und sprach sein Unverständnis über die Auffassung der Leserin aus. Schließlich handele sich bei der AfD um eine Partei, die in allen Wahlgremien schon zu Hause sei. Und die anderen könnten ja auch...
AUS DER GEDANKENWELT DES CHEFS
Leider verkündete der Herr hier in Sachen AfD-Werbung den üblichen Mainstream- Slogan. Und er macht sich die Antwort in der Sache zu leicht.

**Die Partei, um die es geht, möchte ja selbst nicht wie jede andere Partei sein, und immer nur behandelt werden, wie von sich selbst gerade gewünscht.**

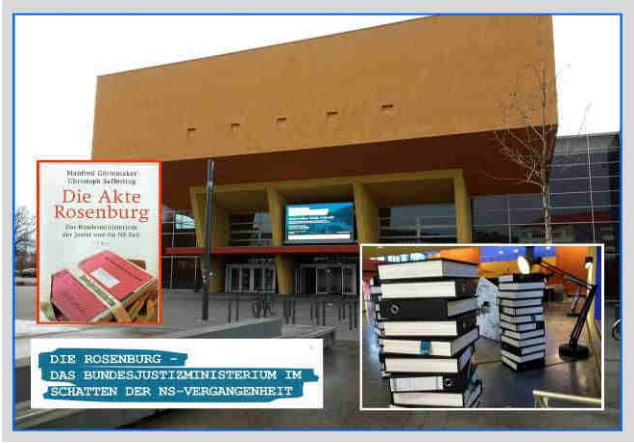
»Das deutsche Volk vergisst zu schnell«

Dachau war eins der ersten Konzentrationslager der Nationalsozialisten. Die Erinnerung daran ist immer noch umkämpft.

**Schon immer war Werbung ein Spiegel der Gesellschaft.**

**Und sie kann Schaden anrichten, wenn sie missbraucht wird, für politischen Hass und Hetze. Eigentlich sollte es für alle Medien mit Anzeigengeschäft selbstverständlich sein, auf diskriminierende Angriffe zu verzichten. Doch auch in der Freien Presse ging es wohl bei der jüngsten AfD- Anzeige oben (29. April 2020) nur um den schnöden Mammon.**
Bei diesen "Technikern des Anzeigen-Geschäfts" erinnert man "Techniker des Rechts", wie sie bei der kürzlich in der TU Chemnitz gezeigte Rosenburg- Ausstellung bezeichnet wurden.

Sie blickten auf die helle und die dunkle Fassade des Bundesjustizministeriums: Bundesjustizministerin Christine Lambrecht im Gespräch mit Prof. Dr. Gerd Strohmeier (l.), Rektor der TU Chemnitz, und Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Leiter des »Rosenburg-Projektes« während des Rundganges durch die Ausstellung im Foyer des Hörsaalgebäudes. Foto: TU Chemnitz/Jacob Müller




**Im Vorwort beschrieb die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht** die Nazi- Juristen, die in der BRD- Justiz Karriere gemacht haben, als "unpolitische Rechtstechniker" und auch als solche akzeptiert wurden. Bloße Techniker des Rechts, die jede beliebige politische Idee in Paragraphen gießen und sie vollstrecken. Ihre Vergangenheit wurde kollektiv beschwiegen. Dagegen erfordere es eine gefestigte innere Haltung, um sensibilisiert zu sein, wenn auch heute Populisten und Demagogen die Würde des Menschen infrage stellen.

---

ANGEMERKT vom Freundeskreis Neue Zeit Geschichte Chemnitz / Aus Medien ausführlich zitiert und kommentiert wird auch für Leser, die sich dort vielleicht ein Abo nicht leisten wollen oder aus finanziellen Gründen nicht leisten können.